

Commonsverbünde

Von Christian Siefkes, Johannes Euler, Gunter Kramp und Nikolas Kichler

Juni 2016

Eine Idee für die Verbindung von commonsbasierten Projekten zu einer gemeinsamen solidarisch-selbstorganisierten Ökonomie, die das Mitmachen erleichtert

URL: <http://keimform.de/2016/commonsverbuede/>

Die in diesem Dokument dargestellten Ideen entstammen einer Open-Space-Session, die am 23. April 2016 in Hiddinghausen im Rahmen des Frühjahrstreffens des Commons-Instituts stattfand. Initiiert wurde die Session von Gunter, weitere Teilnehmende waren Britta, Christian, Hannes, Nikolas, Sarah, Sunna.

Diese Dokumentation wurde erstellt von Christian, Hannes, Gunter und Nikolas unter Mitwirkung von Stefan T.

Kontext und Problembeschreibung

Es gibt diverse Kommunen mit gemeinsamer Ökonomie (z.B. Niederkaufungen, Twin Oaks), aber das Leben in solchen Kommunen ist nur für recht wenige Menschen attraktiv und die Einstiegshürden sind hoch. Das liegt unter anderem daran, dass in einer Kommune sehr viele Lebensbereiche mit derselben Gruppe (in unterschiedlichen Konstellationen) geteilt und gestaltet werden, dass man sich oft genau untereinander abstimmen und dass vieles ausdiskutiert werden muss. (Erkenntnis eines neuen Kommunarden: „Das ist wie 70 Leute gleichzeitig zu heiraten.“)

Es gibt auch schon so einige commonsbasierte Projekte für selbstorganisiert-solidarische Güterproduktion und -verteilung, die den Einstieg in eine gemeinsame Ökonomie erleichtern und dabei den Ausstieg aus der kapitalistischen Ökonomie zumindest in Teilen vollziehen. Ein inzwischen recht verbreitetes Beispiel sind Projekte für Solidarische Landwirtschaft (kurz: Solawis, engl. *community-supported agriculture*). In diesen werden die formulierten Beiträge und Bedürfnisse oft mit Hilfe von Bieterunden (Bieter_innenrunden) vermittelt, es gibt also kein Kaufen und Verkaufen und keine strenge Kopplung von Geben und Nehmen (siehe <http://www.oekoalltag.de/solawi-tagebuch-so-funktioniert-die-solidarische-landwirtschaft/>).

Solche commonsbasierten Projekte funktionieren bislang nur im Kleinen und in einzelnen Lebensbereichen, und es ist noch relativ unklar, wie diese Begrenzungen überwunden werden können.

Unter anderem fehlt eine engere Abstimmung zwischen Projekten, die unterschiedliche Lebensbereiche abdecken („vertikale Zusammenarbeit“). Wie könnte ich mich etwa an 10 oder 20 commonsbasierten Projekten beteiligen – bzw. von ihnen versorgt werden –, ohne dass dies (in Oscar Wildes Worten) „zu viele Abende“ frisst, weil ich für jedes dieser Projekte zumindest an einer separaten Bieterunde teilnehmen und vielleicht noch weitere

Verpflichtungen eingehen muss? Perspektivisch sollte es möglich werden, mehr und mehr Lebensbereiche durch solche Projekte abdecken zu können, ohne dass der Aufwand für die Beteiligten zu groß wird.

Ein weiterer nicht zu vernachlässigender Aspekt ist die Abstimmung zwischen Projekten, die Ähnliches produzieren bzw. bereitstellen („horizontale Zusammenarbeit“). Wenn es mehr und mehr Solawis gibt, könnten diese sonst womöglich irgendwann in Konkurrenz zueinander geraten – etwa um Mitglieder, die versorgt werden wollen und dafür finanzielle oder Sachbeiträge leisten, um Mitarbeiter_innen oder um Land und andere Ressourcen.

Wie lässt sich stattdessen erreichen, dass solche Projekte sich zuarbeiten und sich ergänzen? Und wie kann die Organisation gemeinsamer Unterstützungsprojekte erleichtert werden, die etwa die Produktion von Produktionsmitteln übernehmen könnten? Für Solawis geht es hier beispielsweise um Weiterentwicklung von Saatgut und die Herstellung von Landmaschinen.

Zudem ist auch der Einstieg in commonsbasierte Projekte nicht ganz trivial. So braucht man ein gewisses Vertrauen in die anderen und die Fähigkeit, die eigene Situation einschätzen zu können, um an Bieterunden teilzunehmen. Ziel ist hier, derartige Hürden soweit sinnvoll möglich abzubauen und dadurch den Einstieg in solche Projekte zu erleichtern.

Ausgehend von der obigen Analyse haben wir uns mit folgenden Fragestellungen beschäftigt:

- Wie können Verbindungen zwischen commonsbasierten Projekten geschaffen werden, die diesen Projekten die horizontale und vertikale Zusammenarbeit ermöglichen und die es erleichtern, dass immer mehr derartige Projekte entstehen?
- Wie könnten Strukturen aussehen, in denen Menschen potentiell alle Lebensbereiche nach Commons-Prinzipien organisieren können (was bei manchen bestehenden Kommunen schon weitgehend der Fall ist), ohne dies für alle Lebensbereiche auf einmal tun zu müssen (hier liegt bei Kommunen die Hürde, die viele abschreckt)?
- Und wie können die Einstiegshürden so weit gesenkt werden, dass sich immer mehr Menschen an solchen Projekten beteiligen und immer mehr ihrer Bedürfnisse in entsprechenden Projektzusammenhängen befriedigt werden?

Die Idee: Ein Verbund commonsbasierter Projekte

Die Grundidee der von uns entwickelten Antwort: Wir wollen *regionale Projektverbände von commonsbasiert-selbstorganisierten Projekten*.

Im Folgenden wird die angedachte Organisation kurz als *Commonsverbund* bezeichnet (im Englischen könnte man von *commons association* sprechen). Andere Namen sind denkbar, zu den in die Runde geworfenen Ideen gehörten etwa: Commonsnetz, Commonsbund, Commonssyndikat, Common Pool, Commoning Portal, City of Workshops (für urbane Verbände), Skalierbare Netzwerk-Kommune. Hat jemand weitere gute Ideen?

Aber zurück zum Konzept: Mitglieder dieses Verbunds sind unterschiedliche Projekte, die sich auf regionaler Ebene zusammenschließen, um sich gemeinsam um ein breites Spektrum an Lebensbereichen zu kümmern. Umfassen könnte dies etwa die Versorgung mit Lebensmitteln (per Solawi), Strom (per Sole – Solidarische Energieversorgung), Wohnraum (Haus- oder Wohnprojekt, Mietshäusersyndikat), Kinderbetreuung, Räume zum Experimentieren und zur Herstellung von Produktionsmitteln und anderen nützlichen Dingen (Offene Werkstatt/FabLab), Software und Hilfe bei Computerproblemen (Hackerspace), Ausleihmöglichkeiten für Werkzeug, Haushaltsgegenstände u.a. (Leila – Leihladen),

Kleidung (Kleiderkammer, Nähwerkstatt), Umverteilung von nicht mehr gebrauchten Dingen (Umsonstladen) und vieles mehr.

Daneben soll es auch überregionale Kooperationen geben, insbesondere wenn es um die Produktion und Nutzung Freien Wissens geht (Freie Software, Freie Baupläne, freies Saatgut etc.). Für die Befriedigung unterschiedlicher sinnlich-vitaler Bedürfnisse erscheint aber eine vor allem regionale Verortung sinnvoll, die durch überregionale Kooperationen ergänzt wird (dazu unten mehr).

Als Mitglied eines einzelnen Projekts werde ich automatisch auch Mitglied im Verbund („Metamitgliedschaft“) und kann dessen Leistungen in Anspruch nehmen. (Wie das genau geht, wird unten diskutiert.)

Der Commonsverbund ermöglicht es, Lösungen für möglichst alle Lebensbereiche zu finden, ohne dass sich einzelne selbst an allen Einzelprojekten beteiligen müssen – separate Bieterunden etc. für jedes Projekt wären wahrscheinlich zu zeitintensiv. Er bietet Zugang zu den unterschiedlichen Angeboten und Beitragsmöglichkeiten der Einzelprojekte. Im Endeffekt ist er dazu da, die verschiedenen Bedürfnisse, Aktivitäten und Beiträge aller Verbundmitglieder miteinander zu vermitteln.

Der Commonsverbund leistet dabei sehr viel mehr als eine bloße Vernetzung der unterschiedlichen Projekte. Er ermöglicht eine *kollektive bedürfnisorientierte Versorgung* und bringt dafür Beitragswillige/Produzent_innen und Nutzer/Konsument_innen zusammen, wobei der Übergang zwischen diesen Gruppen fließend ist und sich alle auf Augenhöhe begegnen.

Gemeinsame Ökonomie als Fluss von Beiträgen unterschiedlicher Art

Die Bereitstellung von Gütern durch den Verbund verursacht Unkosten verschiedener Art: Es gibt Dinge, die zu tun sind (Aufgaben oder „Arbeit“); in einem ansonsten noch großteils kapitalistischen Umfeld braucht es Geld, um Dinge zu kaufen oder zu mieten, die der Verbund nicht selber hat oder herstellen kann. Alternativ können solche Dinge auch direkt als Sachleistungen in den Verbund eingebracht werden, was den Finanzbedarf senkt. Wollen am Verbund beteiligte Projekte für geleistete Aufgaben Gehälter zahlen (siehe unten), erhöht sich der Geldbedarf weiter.

Zur Planung der notwendigen Beiträge erstellt jedes einzelne Projekt ein Budget, in dem es den Bedarf erfasst. Jedes Projekt fragt sich also: „Was wird voraussichtlich gebraucht an Gütern, die wir produzieren/bereitstellen können? Was für Kosten fallen dafür an? Was für Aufgaben müssen erledigt werden und wo benötigen wir Hilfe anderer?“.

Aus dem finanziellen Teil dieses Budgets wird ein Richtwert für diejenigen ausgerechnet, die die entsprechenden Güter konsumieren/nutzen wollen. Ein solcher Richtwert ist kein verpflichtender Beitrag, sondern eine Orientierungshilfe; er muss nicht absolut sein, sondern kann sich am jeweiligen Einkommen ausrichten. Das würde bedeuten, dass wer dreimal so viel verdient, gemäß Richtwert auch dreimal so viel zahlt, ähnlich der Beitragsberechnung bei den gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland (siehe unten für eine Diskussion dieses Punktes). Letztlich entscheidet aber jede Person selbst, wie viel sie_er beitragen kann und will. Wichtig ist vor allem, dass das Budget am Ende gedeckt ist.

Die meisten Beteiligten werden Leistungen aus unterschiedlichen Bereichen in Anspruch nehmen wollen (vielleicht nur vegetarisches Essen? vielleicht auch Fleisch? vielleicht auch Strom? vielleicht alles, was der Pool bereitstellt?). Ihr individueller Richtwert ist dann die Summe der Richtwerte aller Projekte, an denen sie interessiert sind.

Diese finanziellen Beiträge decken dabei nur die den Projekten entstehenden Unkosten; niemand kann sich daran bereichern. Und sie sollen niemand ausschließen, deshalb sollten sie sich an der Einkommenshöhe orientieren und sind nur Richtwerte statt verpflichtend zu sein.

Perspektivisch soll so immer mehr dessen was gebraucht wird im Verbund selbst bereitgestellt werden oder durch verbundübergreifende Kooperation organisiert werden. Relativ zur Anzahl der Beteiligten sollte das benötigte Finanzbudget daher mit der Zeit immer kleiner werden (da immer weniger auf dem Markt eingekauft werden muss), bis es schließlich ganz entfallen kann. Ein einzelner Verbund dürfte dafür allerdings wohl kaum groß genug werden, aber auch Kooperation zwischen Verbänden ist möglich und erwünscht (siehe unten).

Das Rechnen mit Geld ist also eine Zwischenlösung für den Übergang, kein angestrebter Dauerzustand!

Dauerhaft erhalten bleiben soll jedoch die Möglichkeit, Beiträge in Form von ehrenamtlich und unentgeltlich übernommenen Tätigkeiten für den Verbund zu erbringen, also aktiv zu einem oder mehreren der beteiligten Projekte beizutragen (bzw. zur Verwaltung des Verbunds selbst). Solches aktives Engagement wird im Verbund gern gesehen (und in der Summe auch benötigt), jedoch niemandem individuell abverlangt – man kann sich dafür entscheiden, muss aber nicht. (Eventuell muss dieser Grundsatz ein Stück weit eingeschränkt werden, da manche Solawis Arbeitseinsätze fordern. Wie damit umzugehen ist, wird unten diskutiert.)

Ob man aktiv tätig ist, hat keinen Einfluss auf die Höhe des individuellen Richtwerts, der aber ja sowieso nicht verpflichtend ist. (Man kann den eigenen finanziellen Beitrag absenken oder streichen, wenn man den eigenen Tätigkeitsbeitrag für „ausreichend“ hält, aber das ist eine individuelle Entscheidung.)

Was gepoolt wird

Ein Commonsverbund stellt somit einen Pool dar, aus dem sich alle gemäß den vereinbarten Regeln bedienen können und zu dem alle beitragen können und sollen. Der Pool umfasst dabei im Wesentlichen drei Aspekte:

- Bereitgestellte Güter und Tätigkeiten („Dienstleistungen“): Entnahme gemäß Vereinbarungen (z.B. nach Bedarf, oder x pro Person)
- Budgets (Kosten für Einkäufe, Mieten, Steuern, bezahlte Tätigkeiten): werden per Bieterunden aufgeteilt
- Tätigkeiten: können von Freiwilligen erledigt werden oder gemäß Vereinbarungen gegen Bezahlung (siehe nächster Abschnitt)

Gepoolt wird auch das Risiko: Durch Teilnahme am Verbund können sich die einzelnen Projekte gegen Unwägbarkeiten absichern. Wenn ein Projekt in Schieflage gerät oder kurzfristig besondere Unterstützung braucht, können andere ihm zu Hilfe kommen. Allerdings sollte das Poolen von Risiken nicht bedingungslos sein: Bei aller Solidarität muss die Autonomie der Projekte auch mit Eigenverantwortung einhergehen.

Projekte müssen auch scheitern können (auch wirtschaftlich in Form einer Insolvenz), ohne

den ganzen Verbund zu gefährden. Sonst dürfte es aus berechtigten Ängsten heraus mit der Autonomie bald vorbei sein, da der Verbund dann zur eigenen Absicherung den einzelnen Projekten jeweils genau „auf die Finger“ schauen müsste, was leicht zu einer kopflastigen Bürokratie führen und deshalb kaum wünschenswert sein dürfte.

Wie man dies vermeiden kann, zeigt das Mietshäusersyndikat, wo theoretisch jedes Projekt auch Pleite machen könnte, ohne dass das Syndikat mehr als die von ihm eingezahlten 12.400 € Stammkapitalanteil verliert. Andererseits sollte kein Projekt ohne extreme Not vom Verbund aufgegeben werden. (Im Mietshäusersyndikat steht über hundert erfolgreichen Hausprojekten bislang wohl nur ein [gescheitertes](#) gegenüber, und da konnte den Direktkreditgeber_innen durch Sammlungen eines Solidaritätskomitees zumindest ein Teil ihrer Einzahlungen wiedererstattet werden.)

Nicht zwingend notwendig, aber hilfreich könnte auch ein „Kapitalpool“ sein, in dem der Verband willige Direktkreditgeber_innen an Projekte vermittelt, die zur Tätigkeit von Investitionen Kredite brauchen. Allerdings sollte der Verbund hier aufgrund des oben beschriebenen Risikos wohl nur Vermittler sein, statt selbst die Kredite aufzunehmen und weiterzugeben und damit im Zweifelsfall für die Rückzahlung zu haften.

Zinslose oder niedrig verzinste Direktkredite zwischen Mitgliedern des Verbunds und an diesen angeschlossenen Projekten hätten für die Kreditgeber_innen aber den Vorteil, dass sie wissen, dass mit ihrem Geld etwas Sinnvolles gemacht wird und dass sie eine persönliche Vertrauensbasis zu den Kreditnehmern aufbauen können. Kredite im Umfeld von wohlhabenderen Mitgliedern und deren Bekanntenkreis aufzunehmen, sollte nicht allzu schwierig sein, da Geld verleihen den Menschen leichter fällt als es ganz herzugeben, und da die „Konkurrenz“ in Zeiten allgemeiner Niedrigzinsen nicht groß ist.

Eventuell können sich die Projekte bei Bedarf auch gegenseitig zinslose/zinsgünstige Kredite zur Verfügung stellen (auch das wird im Mietshäusersyndikat praktiziert). Das dürfte allerdings eher als kurzfristige Lösung in Frage kommen, da Projekte finanzielle Mittel ja nur zur Deckung ihrer absehbaren Ausgaben einsammeln und über keine großen finanziellen „Reserven“ verfügen dürften.

Außerdem wird durch den Verbund das politische Gewicht erhöht – wer legt sich bedenkenlos mit einem Projekt an, das zu einem Verbund mit 500 oder gar 50.000 Mitgliedern gehört?

Bezahlte Tätigkeiten in den Projekten

Alle anfallenden Tätigkeiten, die niemand ehrenamtlich übernimmt, müssen (sofern sie tatsächlich notwendig sind!) bezahlt werden, deshalb wird es in vielen der beteiligten Projekte auch bezahlte Stellen geben. Dies entspricht auch der heutigen Praxis in Solawis und ähnlichen Projekten. Das Schaffen von Stellen ist kein Zweck des Verbunds, kann jedoch unter Umständen ein angenehmer Nebeneffekt sein. Denn die so Beschäftigten können auf diese Weise besser über die Runden kommen, solange sie eben noch in einem kapitalistischen Umfeld leben, in dem dies ohne Erwerbsarbeit kaum möglich ist.

Welche Stellen gebraucht werden, wer diese ausfüllt und wohl auch wie die Bezahlung vonstatten geht, entscheiden die am Verbund beteiligten Projekte gemäß ihrer Bedarfsplanung selbst. Eventuell einigen sich zusammengeschlossene Projekte dafür auf gewisse generelle Richtlinien, die dann für alle gelten. Eingestellt werden wahrscheinlich vorzugsweise

Menschen, die bereits in das Projekt bzw. den Verbund involviert sind; Externe kommen wohl lediglich dann in Frage, wenn sie sich mit dem Selbstverständnis und Kooperationsmodell des Verbunds identifizieren können.

Bewerben sich mehr geeignete Kandidat_innen um Stellen als gebraucht werden, versuchen die Beteiligten (Bewerber_innen sowie bereits im Projekt Beschäftigte) gemeinsam eine Lösung zu finden, mit der alle leben können. Im Zweifelsfall können dabei gern mehrere Teilzeitstellen statt weniger Vollzeitstellen geschaffen werden, doch sollte die Zerstückelung nicht so weit getrieben werden, dass es für die Beteiligten keinen Sinn mehr macht.

Der gezahlte Lohn könnte ein Einheitslohn sein, der z.B. dem durchschnittlichen Stundenlohn im jeweiligen Land (bzw. Region oder Stadt) entspricht, mit Zuschlägen bei besonderem Bedarf (z.B. alleinerziehend / mehrere Kinder / wohnt in teurer Gegend). Alternativ legen die einzelnen Beschäftigten ihren Lohn gemäß ihrer individuellen Bedürfnisse fest, wie in manchen Solawi-Projekten üblich (vgl. <http://keimform.de/2013/was-ist-eigentlich-solidarisch-an-der-solidarischen-landwirtschaft/>). Dieses Modell verlangt den Beteiligten allerdings einiges an Selbstbewusstsein und Selbsteinschätzungsfähigkeiten ab und ist deshalb nicht ganz unproblematisch. Auch Mischformen zwischen diesen beiden Modellen sind denkbar, z.B. bestimmte Stundensätze als Richtwerte, an denen sich die Beschäftigten orientieren können (aber nicht müssen).

In jedem Fall sollte die Bezahlung hoch genug sein, dass die Beschäftigten ordentlich krankenversichert sind (sofern sie keinen anderen versicherungspflichtigen Job haben). In Deutschland muss das Monatsgehalt dafür zur Zeit mindestens 451 € betragen (siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Midijob>). Zu der monetären Bezahlung kann der freie Zugang zu Leistungen aus dem Commonsverbund kommen.

Preisbildung

Wie gesagt richten sich die für Mitglieder berechneten Richtwerte unter anderem danach, was sie konsumieren bzw. nutzen möchten – interessieren sie sich für zusätzliche Produktkategorien, fallen höhere Herstellungskosten an, die in ihren Richtwert mit einfließen. Innerhalb einzelner Produktkategorien dürfte dagegen oft das Flatrate-Prinzip gelten: Man kann sich nach Bedarf bei den hergestellten Gütern bedienen, ohne dass die verbrauchte Menge direkt bezahlt werden müsste oder in den eigenen Richtwert einfließt. Ein Anteil dürfte dabei typischerweise dem Nutzungsanspruch einer Person entsprechen – eine Familie, WG oder Hausprojekt wird im Allgemeinen mehr verbrauchen als eine Einzelperson und daher auch einen höheren Richtwert erhalten. Kinder könnten allerdings nach Überlegungen des Berliner SolE-Projekts (Solidarische Energieversorgung, <http://sol-e.de/>) kostenlos mitversorgt werden – nur für jede im Haushalt lebende erwachsene Person wird dann ein Anteil fällig. Der tatsächliche persönliche Verbrauch wird in diesem Ansatz nicht abgerechnet.

Alternativ könnte ein Anteil den Anspruch auf die dauerhafte Nutzung eines bestimmten Guts beinhalten. Ein Anteil an einem Fahrrad-Projekt berechtigt etwa zum Erhalt eines Fahrrads oder Pedelecs, das vom Projekt auch gewartet, bei Bedarf repariert und bei endgültigem Verschleiß durch ein neues Modell ersetzt wird. Dazu können Extras wie das gelegentliche Entleihen eines Lastenanhängers kommen, die wiederum per Flatrate abgerechnet werden, also nicht separat in Rechnung gestellt werden. Ähnliches ist für Technikprojekte denkbar, die ihre Mitglieder beispielsweise mit einem Smartphone oder einem Laptop und den dazu

sinnvollen Extras versorgen.

In anderen Fällen ist eine Richtwertberechnung anhand des konkreten individuellen Verbrauchs denkbar. So könnte in einem Wohnprojekt der persönliche Richtwert nicht nur vom Einkommen, sondern auch von der individuell genutzten Wohnfläche abhängen – wer ein größeres Zimmer, eine größere Wohnung belegt, zahlt perspektivisch mehr. (Wobei es sich aber ja generell nur um Richtwerte handelt, die nicht verpflichtend sind.)

Richtwert-Preise sind grundsätzlich auch gegenüber Nicht-Mitgliedern denkbar. Das linke Cafékollektiv *Morgenrot* in Berlin-Prenzlauer Berg berechnet etwa für ein Frühstücksbuffet keinen Festpreis, sondern gibt eine Preisspanne vor, innerhalb derer man sich nach Selbsteinschätzung einordnen kann. Eine Kneipe in einem zum Verbund gehörenden Hausprojekt könnte Ähnliches machen.

In jedem Fall dienen Preise, ob gegenüber Mitgliedern oder Externen, nur zur Kostendeckung, nicht zur Erwirtschaftung von Gewinn. Und Preise entstehen nicht in Marktkonkurrenz (als Marktteilnehmer versuche ich einen möglichst hohen Preis zu verlangen, muss ihn aber soweit absenken, dass die Kund_innen nicht zu Konkurrenzprodukten greifen). Stattdessen werden sie zwischen den Mitgliedern des Verbunds (zu denen sowohl „Konsument_innen“ wie „Produzent_innen“ gehören) in einem transparenten Prozess kollektiv vereinbart. Und statt angestrebter Profitmaximierung dienen sie nur zur Deckung der anfallenden Kosten.

Das der Preisgestaltung zugrunde liegende Prinzip kann man also auf die Formel bringen: *Aufwandsteilung mittels Vereinbarungen statt Konkurrenz.*

Entscheidungsfindung und Organisationsstrukturen

Die Verbindungen zwischen den unterschiedlichen Lebensbereichen und Projekten werden durch freie Vereinbarungen hergestellt, nicht durch formelle („basisdemokratische“) Wahlen und Abstimmungen, in denen sich eine Mehrheit auf Kosten von Minderheiten durchsetzen könnte.

Hilfreich kann hier der *Soziokratie-3.0*-Ansatz sein, siehe <http://sociocracy30.org/the-details/> (und dort insbesondere <http://sociocracy30.org/the-details/circles-and-decision-making/> sowie <http://sociocracy30.org/the-details/organizational-structure/>). Eine gute (allerdings etwas unternehmenslastige) deutschsprachige Kurzdarstellung der wichtigsten Soziokratie-Prinzipien gibt es unter <http://www.soziokratie.at/ueber-soziokratie/grundlagen/>.

In diesem Ansatz übernehmen „Kreise“ die Koordinierung der Einzelprojekte miteinander (man könnte von „Koordinationskreisen“ sprechen). Diese werden nach dem Vier-Augen-Prinzip besetzt: In einen Kreis werden zwei Vertreter_innen jedes involvierten Projekts entsandt, z.B. die Maintainer_in sowie eine vom Projektteam ernannte Person.

Innerhalb eines Kreises wird per *Konsent* entschieden. Konsent bedeutet dabei nicht zwangsläufig, dass alle mit der Entscheidung glücklich sind, sondern dass alle mit ihr leben können. Wer schwerwiegende Bedenken hat, kann hingegen ein Veto einlegen, das begründet werden muss. Über ein begründetes Veto kann sich der Kreis nicht hinwegsetzen, eine Entscheidung wird also erst möglich, wenn die Bedenken ausgeräumt werden können und das Veto zurückgezogen wird.

Alle den Commonsverbund betreffenden Koordinationstätigkeiten, etwa die Erstellung von

Gesamtbudget und Richtwerten sowie die Aufnahme neuer Projekte, werden im Rahmen von entsprechenden Kreisen erledigt.

Koordinationskreise kümmern sich auch um die Abstimmung (Vermittlung) der Einzelprojekte, die innerhalb eines Commonsverbunds für einen bestimmten Lebensbereich zuständig sind. Zu einem größeren Commonsverbund dürften etwa mehrere Solawi-Projekte gehören, die sich in einem Koordinationskreis miteinander abstimmen können.

Zur Aufgabe der Kreise gehört auch die Herstellung von Transparenz gegenüber den Einzelprojekten und den Mitgliedern. Sie kümmern sich um die Offenlegung von in Einzelprojekten und im Verbund getroffenen Entscheidungen, von anfallenden Kosten, Planungsprozessen usw.

Auch die internen Strukturen von Einzelprojekten können in Form von Kreisen organisiert werden.

Absicherung der eingesetzten Ressourcen gegen Privatisierung

Es gilt das Prinzip: *Commons und Besitz statt Eigentum*. Was nicht Commons ist – also gemeinsam genutzt und gepflegt wird – kann zum *Besitz* einzelner werden, also von diesen genutzt und ggf. verbraucht werden. Frei veräußerliches (= verkauf- oder vermietbares) *Eigentum* spielt hingegen keine Rolle.

Verbrauchsgüter (z.B. Essen, Strom) werden an die Mitglieder gemäß den getroffenen Vereinbarungen und den jeweiligen Bedürfnissen verteilt und von diesen verbraucht.

Langfristig nutzbare Güter (z.B. Häuser/Wohnraum) können von den Mitgliedern genutzt werden, solange sie diese brauchen (wenn nichts anderes vereinbart wird), und gehen anschließend an den Verbund zurück. Damit ist für die Zeit der Nutzung im Regelfall eine Beteiligung am Aufwand verbunden. Wie bei Wohnprojekten des Miethäusersyndikats müssen die Beiträge („Mieten“) *in der Summe* reichen, um das jeweilige Gut herzustellen (bzw. zu erwerben) und langfristig zu erhalten, aber nicht für alle Nutzer_innen gleich sein. Stattdessen werden sie per Vereinbarungen etwa per Bieterunde aufgeteilt.

Solche langlebigen Güter sowie Produktionsmittel sollen dauerhaft als *Commons* gesichert werden. Um zu verhindern, dass sie später (etwa bei Ausstieg eines Projekts aus dem Verbund) doch wieder privatisiert werden, bietet sich eine Absicherung nach dem Vorbild des Miethäusersyndikats an. Das heißt, die Commonsressourcen sind formell Ko-Eigentum von dem Einzelprojekt, das sie hergestellt hat oder nutzt, *und* dem Verbund. Nur mit Zustimmung beider Eigentümer können sie verkauft werden, und der Verbund schreibt in seinen Statuten fest, dass er diese Zustimmung nur bei individueller Zustimmung aller Mitglieder erteilen wird. Das dürfte eine drohende Privatisierung de facto unmöglich machen, da jede zum Verbund gehörende Person ein unumgebares Vetorecht erhält.

Auf diese Weise wird das formelle Eigentum „neutralisiert“. Das jeweilige Projekt hat volle Nutzungsrechte, aber kein Recht, die genutzten Güter unter Umgehung des Verbunds zu verkaufen oder andere von der Nutzung von selbst nicht (mehr) gebrauchten Gütern auszuschließen.

Alle produzierten Wissensartefakte (Software, Baupläne etc.) werden als Freie Software/Freies Wissen freigegeben. Im Zweifelsfall werden dabei Lizenzen mit Copyleft-Klausel bevorzugt (also GPL, AGPL oder CC BY-SA), um sicherzustellen, dass auch alle

Abwandlungen frei bleiben.

Regionalitätsprinzip und überregionale Kooperation

Ein Commonsverbund kümmert sich jeweils um eine bestimmte Region, typischerweise um eine Stadt (ggf. mit Umland), eine Gruppe von benachbarten Städten oder eine ländliche Region. Denkbar wäre etwa ein Verbund für Berlin-Potsdam, einer fürs Ruhrgebiet, fürs Wendland, für Wien usw.

Unterschiedliche Commonsverbände koordinieren sich untereinander, auch dafür könnte es Kreise zur Koordinierung geben. Die Koordination muss dabei nicht nur auf der Ebene der gesamten Verbände erfolgen, sondern auch auf der Ebene einzelner Lebensbereiche. So könnten sich z.B. Solawis überregional koordinieren und gemeinsame Zulieferprojekte etwa zur Produktion von Produktionsmitteln organisieren.

Um nicht irgendwann zu groß und schwerfällig zu werden, können sich Commonsverbände jeweils eine Maximalgröße setzen, über sie hinaus sie nicht wachsen wollen – z.B. 300.000 Leute. Überschreitet die Mitgliederzahl diese Grenze, teilt sich der Verbund in gegenseitigem Einvernehmen in zwei bis drei kleinere Verbände auf, die jeweils für einen Teil der vorher vom alten Verbund versorgten Region zuständig sind. Die aufgeteilten Verbände sind unabhängig voneinander, dürften aber in manchen Aspekten weiterhin zusammenarbeiten, wie es ja auch sonst überregionale Kooperation über Verbundgrenzen hinweg gibt.

Woraus sich die Niederschwelligkeit ergibt

Erklärtes Ziel unserer Konzeption ist es, Einstiegshürden möglichst gering zu halten, um das Ganze auch für Menschen attraktiv zu machen, die sich von bisherigen Ansätzen wie Kommunen oder Solawis nicht angesprochen fühlen. Zu dieser angestrebten Niederschwelligkeit tragen mehrere Faktoren bei:

- Man entscheidet selbst, wie viel oder wenig man an der gemeinsamen Ökonomie teilnimmt – vom Wahrnehmen nur einzelner Angebote (z.B. Solawi-Essen) bis zum Wohnen in einem Wohnprojekt mit weitgehender „Gesamtversorgung“ durch den Verbund ist alles möglich.
- Ebenso entscheidet man selbst, wie intensiv und auf welche Weise man sich einbringt – ob man nur einen finanziellen Beitrag leistet (und in welcher Höhe), ob man gelegentlich als Freiwillige_r mitarbeitet oder ob man eine intensive (und zumindest in der Anfangszeit wohl häufig bezahlte) Mitarbeit in einem der Projekte anstrebt.
- In welchen Bereichen man sich engagiert, kann man sich selbst aussuchen, in Abhängigkeit von den eigenen Interessen und Fähigkeiten sowie von dem, was es zu tun gibt. Die Bereiche, in denen man sich engagiert, müssen dabei nichts mit dem eigenen Konsum zu tun haben – ich kann z.B. Solawi-Essen konsumieren und mich um die Kinderbetreuung kümmern (ohne unbedingt selbst Kinder zu haben).
- Man kann jederzeit einsteigen und später ohne Nachteile wieder aussteigen. (Während man bei manchen Kommunen das eigene Vermögen komplett einbringen muss – steigt man wieder aus, ist es weg.)

Letzteres schließt nicht aus, dass einzelne Mitglieder beteiligten Projekten oder dem Verbund finanzielle Mittel in Form von zinsgünstigen oder zinslosen Krediten zur Verfügung stellen und dabei durch längere Laufzeiten für Planungssicherheit sorgen. Hierbei kann eine feste Laufzeit vereinbart werden (kein vorzeitiger Ausstieg möglich) oder alternativ können die

Kündigungsfristen so festgelegt werden, dass (einzelne/wenige) Aussteiger das Projekt nicht in Gefahr bringen können, um ein Erpressungspotenzial bei Entscheidungen zu verhindern. (Andernfalls könnten Kreditgeber_innen drohen: „Wenn ihr nicht macht, was ich will, steige ich aus und ziehe mein Geld ab.“)

Kurz-Zusammenfassung wesentlicher Merkmale des skizzierten Konzepts

Es entsteht ein Commonsverbund mit gemeinsamer Bedürfnis- und Beitragsökonomie. Die Beteiligten erhalten in erster Linie nichtmonetäre Leistungen: Güter aller Art, die sie zum Leben brauchen oder möchten.

Geld fließt soweit nötig, aber niemand sollte mangels ausreichender finanzieller Mittel draußen bleiben müssen. Fair bezahlte Stellen kann es auch geben, aber nur soweit sie zur Erledigung der anfallenden Tätigkeiten nötig sind. Ziel ist, dass sie mit der Zeit ganz wegfallen.

Getauscht wird nicht, stattdessen werden Beiträge erbracht und Kosten sowie Nutzen gemäß kollektiver Vereinbarungen aufgeteilt („Beitragen statt tauschen“). Dafür erstellen die beteiligten Projekte ihre eigenen Budgets, die dann in ein verbundweites Gesamtbudget kombiniert werden (Geldbedarf sowie anfallende Tätigkeiten).

Wer wie viel und was beiträgt, entscheidet sich in projektübergreifenden Bieterunden. Ziel ist ein bedürfnisorientiertes Wirtschaften im alten griechischen Sinn von „oikonomia“: die Bereitstellung der notwendigen und nützlichen Güter (siehe <http://www.wissen57.de/aristoteles-macht-aus-der-okonomie-eine-wissenschaft.html>).

Ziel ist auch, ein Vertrauen in Reziprozität zu organisieren, das es den Einzelnen ermöglicht, sich ohne Zwang, ohne Konkurrenz und ohne die Angst, zu kurz zu kommen, an der kollektiven Versorgung zu beteiligen.

Punkte, zu denen Diskussionsbedarf besteht

Dieser Vorschlag kann und will nicht alle Details der Organisation eines Commonsverbunds „vorgeben“, vieles wird sich erst in der praktischen Entstehung und Verbreitung solcher Verbände klären lassen. Im Folgenden wird kurz auf einige Punkte eingegangen, bei denen noch Diskussionsbedarf besteht oder die vielleicht auf andere als die hier vorgeschlagene Weise gelöst werden könnten.

Ein noch nicht genau geklärt Punkt ist die **Durchführung von Bieterunden** im Rahmen eines Verbunds, der ja perspektivisch Tausende bis hin zu einigen Hunderttausend Mitgliedern haben könnte. Dass alle in einem Raum zusammenkommen, wird da klarerweise schnell unmöglich. Eine im Rahmen des SOLE-Projekts entwickelte Lösungsidee sind geschachtelte Bieterunden: Ein Verbund mit 10.000 Mitgliedern könnte etwa 100 separate Bieter_innengruppen („Kleingruppen“) haben, die je 100 Mitglieder umfassen. Von jeder Kleingruppen wird erwartet, dass sie kollektiv die Summe der für ihre Mitglieder berechneten Richtwerte zusammenbekommt, aber die konkrete Verteilung zwischen den Einzelpersonen wird im Rahmen eines persönlichen Treffens aller Mitglieder der Kleingruppe vereinbart. Der von den einzelnen Kleingruppen erwartete Beitrag wäre dann allerdings starr und nicht verhandelbar.

Eine Variante dieses Konzepts besteht darin, den von den Kleingruppen geforderten Beitrag ebenfalls als Richtwert zu begreifen, von dem jede Kleingruppe bei Bedarf nach unten oder oben abweichen kann. Jede Kleingruppe schickt dann gemäß Soziokratie-Prinzip zwei Vertreter_innen in einen Kreis, in dem festgestellt wird, ob die Beiträge der Kleingruppen in der Summe ausreichen, und bei Bedarf nachverhandelt wird. Hier wird das Konzept der solidarischen Selbstorganisation konsequenter umgesetzt, jedoch mit dem Nachteil, dass alle Kleingruppen evt. mehrmals zusammengerufen werden müssen, wenn sich ihre Beiträge in der Summe als zu niedrig erwiesen haben.

Alternativ ist es denkbar, die Bieterunde für den gesamten Verbund per Internet durchzuführen statt in persönlichen Treffen. Die einzelnen Mitglieder würden dann per Software ein „Gebot“ abgeben. Sobald alle geboten haben, erfahren sie, ob zu wenig/genug/zu viel zusammenkommen ist, und können ihr Gebot dann nochmal nach unten oder oben modifizieren – solange, bis es reicht. Ebenso wie bei anderen Verfahren können die individuellen Beiträge (Gebote) dabei vertraulich bleiben. Alle müssen nur wissen, dass die Gesamtsumme ausreicht, aber nicht, wie viel andere Einzelne beitragen.

Ein relativ innovatives Element in unserem Konzept ist die **Idee von einkommensabhängigen Richtwerten**. Offene Fragen dazu sind, ob die Idee nicht mit der angestrebten Niedrigschwelligkeit kollidiert, schließlich müssen dafür alle ihr Einkommen offenlegen – wenn auch nicht unbedingt öffentlich, sondern nur gegenüber einer vertrauenswürdigen Personengruppe im Verbund, die aus diesen Daten die individuellen Richtwerte ausrechnet und sie anschließend wieder löscht. Ob dieser Punkt sich trotzdem als abschreckend erweist, müsste man sehen. Denkbar ist, dass die Einkommen nicht genau, sondern nur in fünf oder zehn Stufen abgefragt werden.

Oder der Verbund verzichtet ganz auf das Abfragen der Einkommen und berechnet stattdessen einkommensunabhängige Richtwerte. Die Bieter_innen könnten den Vorschlag dann entweder nach eigenem Gutdünken anpassen: Wer mehr hat, gibt mehr, wer weniger hat, gibt weniger. Allerdings dürften die dabei herauskommenden Abweichungen wahrscheinlich in beide Richtungen deutlich schwächer ausfallen, als wenn die realen Einkommensunterschiede zugrunde gelegt werden.

Um eine fairere Annäherung der bezahlten Beiträge an die realen Einkommensunterschiede zu erreichen, könnte der Verbund zwar auf die konkrete Abfrage der Einkommenshöhen verzichten, aber dennoch eine Hilfe bei der Selbsteinschätzung mitliefern: „Das Durchschnittseinkommen in unserer Region ist XY €. Wenn dein Einkommen doppelt/halb so hoch ist, magst du vielleicht doppelt/halb so viel beitragen?“

Ein weiterer offener Punkt ist, ob neben der Beteiligung an Bieterunden noch weitere **Mitwirkungspflichten** eingefordert werden könnten. Oben wurde dies verneint: „aktives Engagement wird im Verbund gern gesehen ..., jedoch niemandem individuell abverlangt.“ Es gibt jedoch Solawis, die ihre Mitglieder zu Arbeitseinsätzen in gewissem Umfang verpflichten. Wie geht das zusammen – müssen solche Projekte ihre Praxis zwingend ändern, um in einem Verbund mitzumachen?

Die Idee von Arbeitseinsätzen in einzelnen Projekten ist unter anderem deshalb problematisch, weil sie schlecht „skaliert“. Nutze ich die Produkte von einem Dutzend Projekten, kann ich nicht bei jedem dieser Projekte einen oder mehrere Arbeitseinsätze pro Jahr ableisten, ohne mich hoffnungslos zu verzetteln und wohl an der ganzen Sache die Lust

zu verlieren. Klar ist also, dass solche Pflichteinsätze die Ausnahme bleiben müssen. Grundsätzlich wäre es aber denkbar, dass sich ein Verbund darauf einigt, dass seine Mitglieder an ein bis zwei der beteiligten Projekte aktiv mitarbeiten statt sich nur finanziell zu beteiligen. Welche Projekte es im Einzelfall werden und was genau sie dort machen, wäre dann aber weiterhin den Einzelnen überlassen.

Solche Regelungen sind denkbar, aber letztlich ist fraglich, ob eine Ermunterung zum Mitmachen („wir freuen uns, wenn ...“) nicht angenehmer und womöglich auch motivierender ist als eine verpflichtende Regelung („als Mitglieder müsst ihr ...“). Eventuell könnten die notwendigen Aufgaben, die nicht von bezahlten Mitarbeiter_innen übernommen werden sollen, auch nach dem Bieterunden-Prinzip aufgeteilt werden: Individuell muss niemand bestimmte Aufgaben übernehmen, aber kollektiv muss sich für alle Aufgaben jemand finden, die oder der sie übernimmt.

Bei manchen Kommunen wird auch das **Vermögen der Beteiligten** kollektiviert (d.h. der Kommune überschrieben), zumindest nach und nach. So gibt es bei einigen jüngeren Kommunen die Regelung, dass zehn Prozent des eigenen Vermögens pro Jahr kollektiviert/umverteilt werden. Wer länger als zehn Jahre dabei war und dann wieder aussteigt, nimmt dann im einfachsten Fall so viel Vermögen mit wie dem Durchschnitt der eingezahlten Vermögen entspricht. Alternativ kann es bedarfsgerechtere Lösungen geben (Ausstiegsverträge), was allerdings viel diskussionsaufwändiger ist.

Für einen Commonsverbund, der für die meisten Beteiligten zunächst nur *ein* Standbein sein dürfte – einen Teil der genutzten Güter erhalten sie aus dem Pool, den Rest kaufen sie weiterhin auf dem Markt ein – dürfte eine solche Kollektivierung eher nicht praktikabel sein. Denkbar ist aber, dass einzelne zum Verbund gehörende Wohnprojekte eine solche Vermögens-Kollektivierung vornehmen und dann auch eine gemeinsame Kasse für alles, was nicht aus dem Verbund kommt, führen.

Update: Es gibt jetzt eine Mailingliste, in der Commonsverbünde diskutiert und ihre Umsetzung vorangetrieben werden kann:

<https://lists.schokoeks.org/mailman/listinfo.cgi/commonsverbuende/>

Verwandte Konzepte

- Die Cooperativa Integral Catalana (CIC): <http://cooperativa.cat/en/> ist eine katalanische Kooperative, die die umfassende Versorgung ihrer Mitglieder anstrebt.
- Zeitbanken und Stundentauschringe sind ein simpler, allerdings nur sehr begrenzt solidarischer Ansatz zur Organisation einer gemeinsamen Ökonomie. Wir wollen die dort praktizierte individuelle Abrechnung (die von mir erbrachten Beiträge werden gegen die von mir konsumierten aufgerechnet – ohne ausreichend eigene Beiträge kann ich auch nichts konsumieren bzw. nutzen) so nicht, aber man sollte Unterschiede und Ähnlichkeiten im Auge behalten.
- Martin Siefkes hat letztes Jahr im Keimform-Blog „Peer-Netzwerke“ vorgeschlagen (siehe <http://keimform.de/2015/eine-idee-fuer-den-uebergang/> und <http://keimform.de/2015/10-prinzipien-des-uebergangs/>), die einige Kernideen der hier skizzierten Commonsverbund-Idee vorwegnehmen, auch wenn es in den Details viele Unterschiede gibt.